Allianz für Landwirtschaft und Naturschutz in den Alpen

Newsletter Februar 2013

Der Sondergipfel zum EU Haushalt 2014 – 2020

Beim EU-Sondergipfel am 7. und 8. Februar 2013 haben die Staats- und Regierungschefs über den EU-Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020 entschieden. Damit wurden wichtige Weichen auch für die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2014 gestellt.

Sehr kritisch sind die beschlossenen Kürzungen des Budgets für die zweite Säule der EU-Agrarpolitik zu bewerten. Damit verbunden sind erhebliche Einschnitte bei den wichtigen Agrarumweltprogrammen und sonstigen Maßnahmen der ländlichen Entwicklung. Besonders Deutschland wird künftig viel weniger Geld aus der zweiten Säule erhalten als bisher. Jedoch wurde vom Europäischen Rat eine Möglichkeit geschaffen 15 Prozent der Direktzahlungen in die zweite Säule zu verlagern.

Als positives Zwischenergebnis ist zu sehen, dass der Europäische Rat das „Greening" mit verbindlichen Forderungen bestätigt hat und damit den Vorschlägen der EU-Kommission gefolgt ist. Im Vorfeld des EU-Sondergipfels gab es ernsthafte Bestrebungen, auch von der deutschen Bundesregierung, die Kriterien für das Greening bis zur Unkenntlichkeit aufzuweichen.

Jetzt gilt es, die beim EU-Sondergipfel beschlossenen Rahmenbedingungen in die Verordnungen zur GAP zu integrieren. Ein wesentlicher Meilenstein ist dabei die Abstimmung im Europäischen Parlament (wahrscheinlich 12. März), bei der die Vorlage des Agrarausschusses zur Diskussion steht.

Ergänzende Informationen

- **Ergebnisse des Sondergipfels:** Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum Mehrjährigen Finanzrahmen
- **EuroNatur-Pressemitteilung** vom 11. Februar 2013
- **EuroNatur-Pressemitteilung** vom 06. Februar 2013
- **Der Bauern Krieg**: Artikel in „Der Spiegel" 06/2013

EU-weite Aktion Go MAD

Die EU-weite Aktion „Go MAD" (Go meet a Deputy!) der Kampagne „Meine Landwirtschaft" und der Verbändeallianz ARC 2020 ruft alle Bürger und Bürgerinnen Europas auf, sich aktiv in den Prozess einzuschalten. Die Aktion „Go MAD" lädt alle dazu ein, den direkten Draht zu ihren Vertretern im Europäischen Parlament zu suchen und ihnen ihre Vorstellungen zur Gestaltung der europäischen Landwirtschaftspolitik mitzuteilen. Denn am 12. März stimmt das ganze Europäische Parlament über die Reform ab.

Über die Website der Kampagne „Meine Landwirtschaft" können WählerInnen ihre Parlamentsvertreter direkt per Telefon, E-Mail, Brief oder in einem persönlichen Gespräch kontaktieren und die Ergebnisse ihrer Begegnungen veröffentlichen.

Ergänzende Informationen

- **Mehr Informationen zu „Go MAD"**

Allianz für Landwirtschaft und Naturschutz in den Alpen

Wir haben es satt – Demonstration in Berlin

Zehntausende Menschen demonstrierten am 19. Januar in Berlin für eine Abkehr von der industriellen Landwirtschaft. Sie forderten die Politik auf, für eine artgerechtere Tierhaltung zu sorgen, die bäuerliche Landwirtschaft zu sichern und die Vielfalt der Kulturlandschaft zu erhalten.

Unter dem Motto „Wir haben es satt!“ zogen rund 25.000 Menschen vom Hauptbahnhof durch das Regierungsviertel bis vor das Kanzleramt, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Der Protest der Demonstranten richtete sich unter anderem gegen die Massentierhaltung, Umweltschäden durch giftige Pestizide sowie die negativen Folgen der EU-Agrarpolitik für Kleinbauern in den Entwicklungsländern. Rund 70 Traktoren und Imkerfahrzeuge aus dem gesamten Bundesgebiet begleiteten den Protestzug.

Ergänzende Informationen

- **Website der Initiative „Wir haben es satt“**

Ländliche Entwicklung (nur?) für Eingeweihte

von Irmi Salzer, ÖBV-Via Campesina Austria

Noch sind die EU-Budgetverhandlungen nicht abgeschlossen, daher steht auch nicht fest, wie viel die einzelnen Mitgliedsstaaten für ihre Ländlichen Entwicklungsprogramme ausgeben werden können. In Österreich wird dennoch schon fleißig verhandelt, berechnet und am Programm getüftelt. Rechtzeitig zu planen ist im Prinzip ja lobenswert; doch dass die Diskussionen über Schwerpunktsetzungen, Dotierungen und Einschnitte hinter verschlossenen Türen stattfinden, erregt den Unmut derjenigen, die nicht am Verhandlungstisch Platz nehmen dürfen.

Der österreichische Landwirtschaftsminister Berlakovich malte den Teufel an die Wand, als bekannt wurde, dass die 2. Säule der EU-Agrarpolitik im Sinne der sparefrohen Nettobeitragszahler empfindlich gekürzt werden würde. Österreich, aufgrund historischer Verhandlungserfolge reich an Geldern der 2. Säule, träfen diese Kürzungen unverhältnismäßig. Das Aus für das ÖPUL (das Agrarumweltprogramm Österreichs) wurde proklamiert, zahlreiche Höfe würden zusperren müssen und Österreichs Landwirtschaft könne dann leider nicht mehr so umweltfreundlich wirtschaften, wie sie es jetzt angeblich tue. Dass die Kürzungen weit weniger dramatisch sein dürften, als lauthals verkündet, wird dem Minister helfen, sich als Retter der österreichischen Bäuerinnen und Bauern feiern zu lassen. Und in der Zwischenzeit verhandelt man das neue Programm – freilich unter Ausschluss der kritischen Zivilgesellschaft. Anfragen um Gesprächstermine seitens der Plattform “Wir haben es satt – für eine neue Agrar-und Ernährungspolitik“ bleiben unbeantwortet, das Parlament wird nicht informiert. Man könne ja noch nicht diskutieren, solange man nicht wisse, wie viel Geld es geben werde, wird der Agraropposition beschieden. Zudem gäbe es ja die Dialogtage – diese sind jedoch Massenveranstaltungen mit Frontalvorträgen und absurd kurzer Zeit zur Diskussion.

Dass die von Ländern, Landwirtschaftskammern und Bauernbundvertretern beschickten Arbeitsgruppen bereits seit einiger Zeit tagen (und verhandeln), pfeifen die Spatzen von den Dächern. An die Öffentlichkeit dringen nur Gerüchte: Die Investitionsförderung soll massiv erhöht

werden, um die „wettbewerbsfähigen Betrieb“ noch mehr zu unterstützen, gleichzeitig werden Maßnahmen wie die Förderung bedrohter Haustierrassen angeblich gekürzt. Mehr Geld soll es auch für die Vermarktung von Qualitätsprodukten geben (Projekte wie Qualitätsmast, Programme wie Nachhaltigkeit, AMA-Gütesiegel) und für die von der Streichung der Mutterkuhprämie betroffenen Betriebe eine „Qualitätsverbesserungsprämie“. Inwieweit das hochgepriesene (aber von Natur- und Umweltschutzorganisationen als zahnlos verurteilte) ÖPUL wesentlich verändert werden muss, ist noch nicht klar. Die EU-Abgeordnete Köstinger (vom Bauernbund nach Brüssel entsandt) feiert es als Riesenerfolg, dass der Landwirtschaftsausschuss des EU-Parlamentes die sogenannte Doppelförderung beschlossen hat: Das würde bedeuten, dass die über 75 % der österreichischen Betriebe, die am ÖPUL teilnehmen sowohl die Greening-Prämie der 1. Säule als auch die ÖPUL-Zahlungen lukrieren dürften und das ÖPUL so bleiben kann, wie es ist. Keine schönen Aussichten für BäuerInnen, die tatsächlich ambitionierte Umweltdienstleistungen erbringen – ein Großteil der Gelder würde nach wie vor mit der Gießkanne an all jene verteilt werden, die nicht viel mehr tun, als den Status quo zu erhalten.

Kritischen bäuerlichen Vereinigungen und NGOs bleibt in der Zwischenzeit wenig übrig, außer auf die Vernunft des EU-Parlaments zu hoffen und die Öffentlichkeit zu informieren. Vielleicht gelingt es noch, die von der EU-Kommission und der Gesellschaft geforderte Transparenz und Partizipation bei der Programmerstellung zu erreichen.

Ergänzende Informationen

- **Übergabe eines Protestbriefes an EU-Kommissar Cioloş durch die österreichische Plattform „Wir haben es satt!"**

Positionspapier der Allianz für Landwirtschaft und Naturschutz in den Alpen in München vorgestellt

Im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz des Deutschen Alpenvereins (DAV), des Bundes Naturschutz in Bayern e.V. (BN), der AbL-Bayern und EuroNatur am 22. Januar 2013 wurde das gemeinsame Positionspapier der Allianz für Landwirtschaft und Naturschutz in den Alpen in München vorgestellt. Die Pressekonferenz fand unmittelbar vor der entscheidenden Abstimmung im Agrarausschuss des Europaparlaments statt, nach der entscheidende Punkte des Kommissionvorschlages und insbesondere das Greening aufgeweicht werden sollen.

Ergänzende Informationen

- **Gemeinsame Pressemitteilung von DAV, BN, AbL-Bayern und EuroNatur**

Beitrag zu GAP und Allianz für Landwirtschaft und Naturschutz in den Alpen bei „quer“

In Reaktion auf die Pressekonferenz in München entstand ein Beitrag für das Magazin „quer“ des Bayerischen Rundfunks. Das Fernsehteam konzentrierte sich bei der Vorbereitung und während der ausführlichen Dreharbeiten in den Räumen von EuroNatur auf die aktuelle Situation zur GAP auf europäischer Ebene. Der entstandene Beitrag hingegen fokussiert beinahe ausschließlich auf die bayerischen Almbauern und die abweichenden Meinungen hinsichtlich des Umgangs mit Wolf, Bär und Luchs. EuroNatur bewertet es als bedauerlich, dass der Beitrag im Magazin „quer“ in keiner Weise darauf hinweist, dass an der Allianz für Landwirtschaft und Naturschutz in den Alpen auch zahlreiche landwirtschaftliche Organisationen beteiligt sind. Enttäuschend ist auch, dass der Beitrag auf die aktuelle politische Debatte auf EU-Ebene nicht eingeht.

Ergänzende Informationen

- **Link** zum Filmbeitrag „Allein auf der Alm: Bergbauern wollen keine Hilfe“

Allianz für Landwirtschaft und Naturschutz in den Alpen

Impressum

Die Allianz für Landwirtschaft und Naturschutz in den Alpen ist ein Zusammenschluss von deutschsprachigen Bauern- und Naturschutzverbänden, die sich für die Erhaltung und Förderung der Berglandwirtschaft sowie die Erhaltung und Wiederherstellung der Biodiversität in den Alpen einsetzt. Die von der MAVA Stiftung für Naturschutz geförderte Initiative wird von der EuroNatur Stiftung koordiniert.

Kontakt

EuroNatur Stiftung
Konstanzer Str. 22
D – 78315 Radolfzell
Tel.: +49-7732-92720
info@euronatur.org
www.euronatur.org

Ansprechpartnerin: Anne Katrin Heinrichs